

Grünes Fachgespräch: „Starke Familien – Kinder stärken: Strategien gegen Kinderarmut“ am Donnerstag, 16. November 2017

Datum: Donnerstag, 16. November 2017 von 10:00 – 13:00 Uhr

Ort: Fraktionssitzungssaal GRÜNE, Haus der Abgeordneten,
Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

Veranstalter: Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-
Württemberg: Dorothea Wehinger MdL (Sprecherin für Frauen,
Kinder und Familie) und Thomas Poreski MdL (Sozialpolitischer
Sprecher und Vorsitzender des AK Soziales und Integration)

Protokoll: Annika Roth (Büro Dorothea Wehinger MdL)



Begrüßung durch Dorothea Wehinger MdL

- Begrüßung und Kurzvorstellung der Referent*innen und weiterer Teilnehmer*innen
- Steigende Tendenz bei Kinderarmut auch in BW → großes Anliegen der Fraktion
- Ziele des Fachgesprächs: Vernetzung ermöglichen, Vorstellung von Best-Practice-Beispielen als Ansätze für Kommunen und Landkreise → Aufbau von lokalen Präventionsketten, Ausbau niederschwelliger Angebote der Eltern- und Familienbildung, Stärkung Frühe Hilfen (Vgl. Koalitionsvertrag S. 88)
- Kreislauf der Vererbung von Armut durchbrechen

Grußwort von StS Bärbl Mielich (Ministerium für Soziales und Integration)

- Kinderarmut in BW war lange ein verstecktes Thema → 1. Armuts- und Reichtumsbericht BW 2015: Schwerpunktthema Kinderarmut, dadurch erstmalig belastbares Datenmaterial als Grundlage für Maßnahmen und Strategieentwicklung
- Kinder sind keine Ausnahme, sondern Bestandteil der von Armut bedroht oder betroffenen Personen
- Aktuelle Bertelsmann-Studie: In Deutschland leben 3 von 10 Kindern zwei oder mehrere Jahre in Armut
- BW: Obwohl reiches Bundesland mit hoher Beschäftigungsquote profitieren vielen davon nicht → Analyse der Gründe ist wichtig: vererbte Armut, vererbte Bildungsferne
- Ebenso wichtig: bessere Vereinbarkeit Familie und Beruf, Ausbau Kita-Betreuung etc.
- BW 2016: 19,4% der unter 18 jährigen sind armutsgefährdet, im Vgl. zu 15,4% Armutsgefährdung aller in BW lebenden Menschen, d. h. Kinder und Jugendliche sind stärker betroffen als Gesamtbevölkerung, zudem: 48% der Kinder aus Einelternfamilien sind armutsgefährdet; *Quelle: Amtliche Sozialberichterstattung; Relative Armutsgefährdung auf Basis des Mikrozensus gemessen am Landesmedian:*
<http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefahrdungsquoten.html>

Maßnahmen und Leistungen auf verschiedenen Ebenen:

BUND:

- Transferleistung, z. B. Unterhaltsvorschussgesetz für Alleinerziehende; jedoch Crux, dass diejenigen, die bereits im SGB II-Bezug sind, davon nicht profitieren
- Grüne fordern Steigerung der Transferleistungen im Bund, insb. Einführung einer echten Kindergrundsicherung

LAND:

- Letzte Legislatur unter Grün-Rot: U3-Betreuung
- Kinderbetreuung: Investition von 900 Mio. EUR in 2018 und in 2019 in Qualität und flexible Kinderbetreuung, insb. für Einelternfamilien wichtig, Problem: Öffnungszeiten in Randzeiten
- Landesprogramm STÄRKE
- Förderung sozialer Wohnraum mit 250 Mio. EUR im Doppelhaushalt 2018/19 (WM), da Verfügbarkeit von bezahlbaren Wohnraum auch im Ländlicher Raum immer schwieriger
- Weiterentwicklung von Kitas zu Kinder- und Familienzentren (KiFaz) (KM): Anlaufpunkte für Eltern mit niedrigschwelligen Beratungsangeboten
- Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe gemeinsam anpacken für Personen im SGB-Langzeitbezug (WM)
- Fortschreiben des Armuts- und Reichtumsbericht (SM): jährliche Aktualisierung der Zahlen

KOMMUNEN

- Es kommt auf Kommunen und Arbeit vor Ort an, Kinderarmut kann insb. vor Ort bekämpft und Kinder aktiv gefördert werden
- Exemplarische Unterstützung für Projekte vor Ort wie in Singen, Tübingen, Pforzheim
- Initiative vor Ort notwendig sonst greifen Landesprogramme nicht → Land unterstützt Kommunen bei Gründung von Netzwerken gegen Kinderarmut

Impulsvortrag von Prof. Christel Althaus (Vorsitzende Landesfamilienrat BW)

Präsentation wird nachgereicht

Bürgermeisterin Monika Müller (Stadt Pforzheim): Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut in Pforzheim-West

- Kinderarmut-Problematik beginnt schon in Schwangerschaft, Einstieg ins Leben schwierig
- Es geht nicht primär darum, materielle Armut beseitigen (dafür gibt es Transferleistungen), sondern Teilhabe vor Ort in Kommune ermöglichen, um Ausschluss von der Gesellschaft/Lebensweise zu verhindern
- Pforzheim-West: Über 40% der Kinder in SGB II-Leistungen; zusätzlich weitere Leistungsempfänger: Asylbewerber, Wohngeld, etc., d. h. ca. 50% der Kinder leben in Armut
- Vernetzung der Akteure wichtig
- Schulungsangebote zur Armutssensibilität in Kitas, Kindergärten, Schulen vor Ort
- Durchführung von Sozialraumkonferenzen mit allen Akteuren, um neue Angebote zu entwickeln

PROJEKTE:

- „Medienarmut“: falscher Konsum bzw. kein oder falscher Zugang zu Medien
- „Gesundheit“ gemeinsam mit Jobcenter und Krankenkassen: Prävention bei arbeitslosen Familien, Kochkurse, Stressbewältigung in Armut
- Stadtentwicklung, z. B. auch Spielplatzaufsuche

FORDERUNGEN:

- Änderung Bildungs- und Teilhabepaket auf Bundesebene: Lernmittelfreiheit vor Ort nicht immer so gelegt
- Lehrer*innen-Versorgung insb. an Grundschulen
- Inklusion ermöglichen und Behinderungen anerkennen
- Sportförderung ggf. auch auf Landesebene

- Kinderarmut auch bei Kinder psychisch kranker Eltern
- Bildungserfolg zu stark vom Geldbeutel der Eltern abhängig → Ausbau Ganztageschule wichtig

Udo Engelhardt (stv. Vorsitzender): Netzwerk Kinderchancen Singen e. V.

Präsentation als PDF beigefügt

Elisabeth Stauber (Familienbeauftragte): Runder Tisch gegen Kinderarmut in Tübingen

Präsentation als PDF beigefügt

Offene Diskussionsrunde – Moderation: Thomas Poreski MdL

Dr. Jürgen Strohmaier (Landesjugendamt, Referatsleiter Bereich Hilfen zur Erziehung):

- Direkte Befragung der Kinder und Familien vs. Forschung über Thematik
- Gefahr der Stigmatisierung, daher Wording: Lebenslagenforschung statt Armutforschung
- Hohe Armutsrisiken nicht nur bei Alleinerziehenden, sondern auch in Patchwork-Familien
- Hinweis an freie Träger: Vernetzung der Initiativen, Koordinierung statt Konkurrenz

Gudrun Christ (LV Pro Familia LVBW):

- Kinderarmut = Familienarmut
- Bezahlbarer Wohnraum als drängende Frage bei prekären Einkommenslagen und Haushalten mit Kindern → Hauptbelastung bei armutsgefährdeten Familien

Reinhold Schimkowski (Vorsitzender Liga freie Wohlfahrtspflege BW und Sprecher Landesarmutskonferenz Netzwerk 2):

- Kinderarmut = Erwerbseinkommensarmut der Eltern, an dieser Ursache ansetzen
- Kritik an Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft: Leistungen nur für Familien, die nicht Hartz 4 beziehen, sonst Verrechnung und keine Mittel, die wirklich bei Kindern ankommen
- Forderung nach eigener Kindergrundsicherung
- Forderung nach kostenloser Infrastruktur für alle Kinder: Mittagessen, ÖPNV, Schwimmbäder/Museen etc.
- Möglichkeit zur Ausweitung von Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen
- Bildungs- und Teilhabepaket im SGB II ist falsch verortet, müsste direkt von Schulen erbracht werden für alle Kinder

Christa Heilemann (Landkreistag BW):

- Forderung nach besserer ressort-/ministeriumsübergreifender Zusammenarbeit
- Forderung, dass die Daten des Armuts- und Reichtumsbericht bei Fortschreibung auf Städte und Gemeinden runtergebrochen werden

Brigitte Rösiger (Geschäftsführerin VAMV LVBW):

- Alleinerziehende sind keine homogene Gruppe, haben aber besonderes Armutsrisiko
- Belastungen: Netto-Kaltmiete entspricht häufig 50% des Einkommens, häufig keine der Anzahl der Haushaltsmitglieder angemessene Wohnung
- Bezahlung frauentypischer Berufe
- Verknappung existenzsichernder Arbeitsplätze: arm trotz Arbeit
- Kritik an Orientierung an veraltetem Rollenmodell bei Steuer: Alleinerziehende in Steuerklasse 2 sind nur wenig besser gestellt als Singles in Steuerklasse 1
- Kindergrundsicherung extrem wichtig
- Kritik, dass Unterhaltsvorschuss auf Einkommen angerechnet wird
- Forderung nach Kinderbetreuung auch in Rand- und Notzeiten → Flexibilität für Vereinbarkeit Familie und Beruf wichtig
- Forderung nach familienfreundlichen Arbeitszeiten und mehr vollzeitnaher Beschäftigung

Gudrun Rößler-Edelmann (Jobcenter Stuttgart/Chancengleichheit):

- Verantwortung von Arbeitgebern/Wirtschaft
- 4000 Alleinerziehende in Stuttgart in SGB II-Bezug
- Digitalisierung hat negative Auswirkungen auf Alleinerziehende und Frauen generell

Angelika Pfeiffer (Amanda-und-Erich-Neumayer-Stiftung):

- Zuständige für Kifa-Programm landesweit (Kifa = Kinder- und Familienbildung)
- Verpflichtung der Kommunen für 3 Jahren für mehr Nachhaltigkeit
- Forderung nach eigenständiger Förderung durch Land und nicht über Programm STÄRKE

Iris Krämer (Vorsitzende Kinderschutzbund LVBW):

- Forderung nach Kindergrundsicherung
- Zusammenarbeit Bund – Land – Kommune wichtig
- Kinderrechte: Forderung nach Verankerung im GG; Landesverfassung: bisher nur Staatsziel, es fehlt das Recht auf Partizipation

Margarete Schick-Häberle (Grüne Kreistag Esslingen):

- Teilhabe ohne Stigmatisierung notwendig
- Forderung nach Ausbau Ganztagesgrundschule
- Forderung nach Zentralförderung für alle Zentren (egal ob KiFaz, Mütterzentrum, MGH) analog zur Schulsozialarbeit mit Drittelförderung
- Mobilitätskarte für Kinder/Sozialticket ggf. landesweit, da nicht in allen Landkreisen verfügbar

Paola Rapp (Lenkungsreis Runder Tisch Tübingen, LRA Reutlingen):

- Kinderchancengleichheit gerade in Schulferien in Blick nehmen, da dort keine Elternbetreuung möglich, d. h. gezielt Angebote für Schulferien entwickeln

Petra Kilian (GEW BW):

- Ungleichheiten bei Schulmittagessen beseitigen
- Ganztagesesschule ist teilweise Überforderung von Kindern; Ganztags ist nicht Lösung für Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Udo Engelhardt (Kinderchancen Singen)

- Durch Einrichtung eines Präventionsnetzwerk „spart“ Kommune langfristig → Investition ist aktive Prävention

Schlusswort von Dorothea Wehinger MdL:

- Zusammenarbeit aller Ministerien auf Landesebene ist wichtig
- Vernetzung, Zusammenarbeit, Austausch aller Akteure → Synergieeffekte
- Betroffene hören und mitnehmen, nicht nur über sie sprechen
- Teilhabe ermöglichen als zentraler Faktor gegen (Kinder-)Armut
- Aufbau von Präventionsketten vor Ort als notwendige Maßnahme
- Armutsbetroffene Kindern sind keine homogene Gruppe → Differenzierung
- Kindergrundsicherung und Kinderrechte als Aufgabe für Bund (und Land)
- Lobbyarbeit für Frauen verstärken
- Strategie- bzw. Positionspapier der Fraktion GRÜNE wird als Ergebnis des Fachgesprächs erarbeitet und den Teilnehmer*innen zugesandt
- Ankündigung eines weiteren Austauschs im nächsten Jahr
- Herzlicher Dank an alle Referent*innen und interessierten Teilnehmer*innen